

»Es geht um die Zukunft unseres Handwerks«

Obermeister aus Sachsen-Anhalt fordern Beendigung von Waffenlieferungen an Ukraine und Stopp von Sanktionen gegen Russland. **Ein Gespräch mit Karl Krökel**

An diesem Donnerstag trifft sich die Vollversammlung der Handwerkskammer Halle an der Saale. Die Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau hat vorab in einem Brief dazu aufgefordert, »Krieg als Mittel der Politik« abzulehnen und sich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine auszusprechen. Was hat eine Handwerkskammer mit Friedenspolitik zu tun?

Das Handwerk denkt in Generationen und erwartet das auch von der Politik. Es schafft Werte und Wachstum, es gibt ökologische, ökonomische und soziale Impulse, und es sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Für das Handwerk, aber auch für die Gesellschaft insgesamt ist Frieden die wichtigste Rahmenbedingung.

Was genau wollen Sie mit Ihrem Brief erreichen?

Die Obermeister der Kreishandwerkerschaft Anhalt lehnen den Krieg als Mittel der Politik ab. Wir fordern die Beendigung der Sanktionen gegen Russland und den Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine. Unsere Handwerksbetriebe kommen ins Straucheln. Die Inflation ist besorgniserregend hoch. Das merken unsere Mitarbeiter direkt. Wir können aber nicht einfach mal so die Löhne um 20 Prozent erhöhen, um das auszugleichen. Die Sanktionen erhöhen die Energiepreise auf mehr als das Doppelte. Wir wollen verhindern, dass man Deutschland und Europa gegen die Wand fährt.

Unsere Politiker sind offenbar völlig überfordert. Die aktuellen Sanktionen treffen Europa härter als Putin. Wenn die Politik keine Lösungen findet, müssen wir sie dazu auffordern. Es sollte unserer Meinung nach zu rechtsstaatlichen Prinzipien gehören, dass die Verantwortlichen für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden können. Es sind durch gravierende Unfähigkeit erhebliche materielle Schäden bei der Bevölkerung und der Wirtschaft entstanden, und das ist erst der Anfang.

Welche Reaktionen haben Sie seit Veröffentlichung des Briefes erhalten?

Wir erfahren einen enormen Zuspruch, der noch immer anhält. Dafür möchten wir uns recht herzlich bedanken! In den allermeisten Wortmeldungen kam zum Ausdruck, dass das Handeln unserer Regierung eine

Zumutung für unsere Bevölkerung und die Wirtschaft ist und den vorläufigen Tiefpunkt im aktuellen Regierungschaos darstellt. Handwerker aus Weimar und Mecklenburg-Vorpommern haben uns geschrieben, dass sie insgeheim schon lange auf so einen Brief gewartet und ihn weitergeleitet haben. Sie baten darum, unseren Text übernehmen zu können und setzten das Thema auf ihre Tagesordnungen. Es gab nur einen Belehrungsversuch eines CDU-Landtagsabgeordneten.

Sie sind Obermeister der Metallinnung in Dessau-Roßlau. Welche Rolle spielt der Ukraine-Krieg in Ihrem Alltag?

Ich bin seit 33 Jahren selbstständig, seit 20 Jahren Obermeister der Metallinnung und seit 15 Jahren Kreishandwerksmeister und damit Sprachrohr aller sieben

Innungen. Die Kostenlawine erdrückt uns. Für das Bäckerhandwerk sind die steigenden Stromkosten existenzbedrohend. Immer weniger wollen sich selbstständig machen. Was wir jetzt erleben, wird die Gründungstätigkeit weiter bremsen. Es geht um die Zukunft unseres Handwerks.

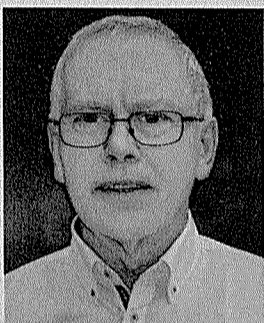
Wer genau ist Adressat Ihrer Forderungen: Ihre Branche oder politische Entscheidungsträger?

Wir haben uns zunächst hauptsächlich an die Bundespolitik gewandt. Ein Bundestagsabgeordneter hat angekündigt, mich noch in dieser Woche zu besuchen. Mit Landtagsabgeordneten sind wir im Gespräch. Wir werden unseren Widerstand zum Thema Ukraine und Sanktionen noch entschlossener fortsetzen. Dadurch wollen wir ermöglichen, dass die im Obermeisterbrief formulierten Kernthemen durch viele Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Wirtschaft aufgegriffen werden. Unser Plan ist, eine Onlinepetition an den Bundestag zu starten. Auch lokale Protestaktionen schließen wir nicht aus.

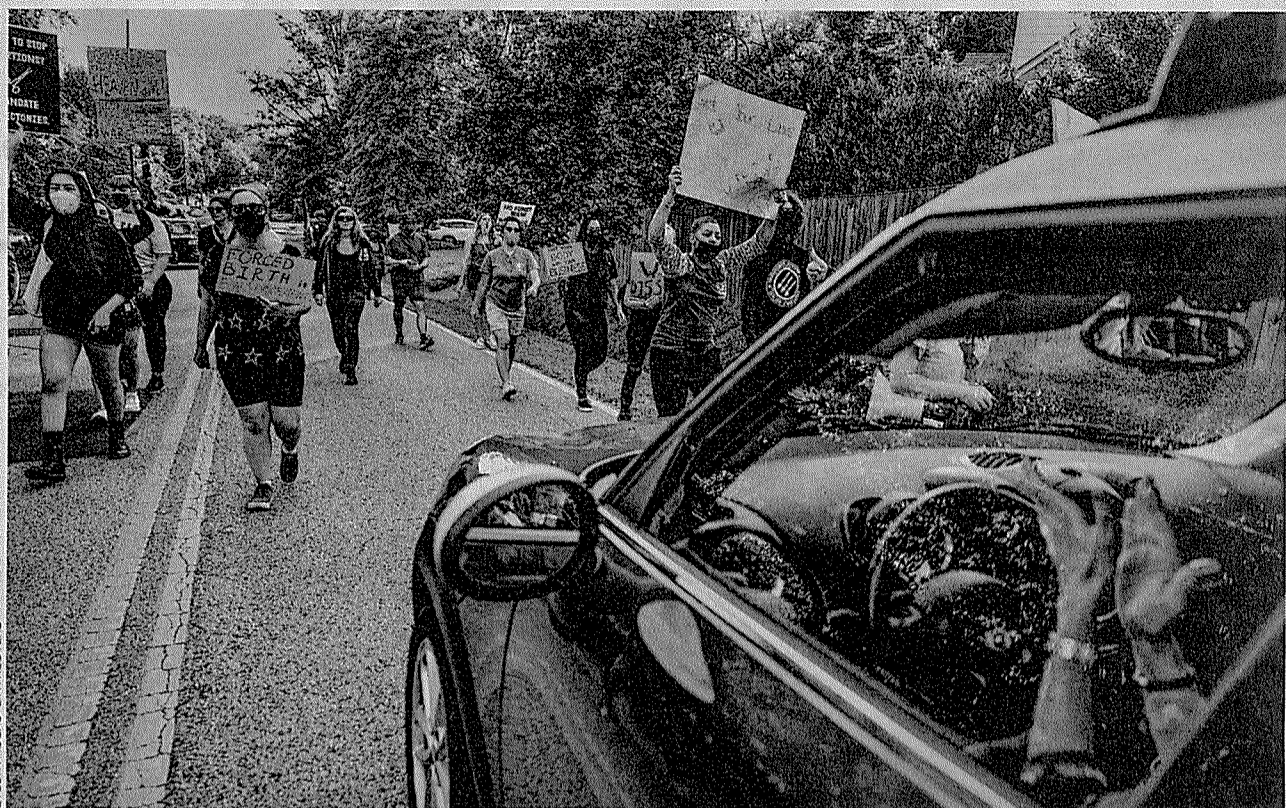
Warum sollten sich Handwerker, aber auch andere Arbeiter mit dem Thema Waffenlieferungen und Sanktionen befassen?

Uns fehlen in dieser Frage direkt-demokratische Elemente. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in dieser Frage viel stärker einbezogen werden. Hier entstehen Verwerfungen, die Generationen betreffen werden. Daher gibt es bei diesen Themen keine Politikverdrossenheit, im Gegenteil. Die Empörung wächst zunehmend.

Interview: Jan Greve



Karl Krökel ist Obermeister der Metallinnung in Dessau-Roßlau. Der Diplomingenieur studierte Finanzwirtschaft und Maschinenbau in Halle und Magdeburg und ist seit 33 Jahren selbständig.



Hausbesuch. Aktivistinnen und Aktivisten für das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche in den USA lassen nicht locker. Nachdem das Oberste Gericht in Washington am Freitag den landesweit geltenden Anspruch auf Abbrüche gekippt hat, wird im ganzen Land gegen die Entscheidung protestiert. So auch in Alexandria, im Bundesstaat Virginia, wo Demonstranten am Montag (Ortszeit) zum Wohnhaus des Richters Samuel Alito zogen. Alito gilt als extrem konservativ und ist einer der sechs von insgesamt neun Richtern, die gegen das Grundsatzurteil »Roe vs. Wade« von 1973 votierten. (JW)

Krieg wird blutiger

Russische Raketenangriffe auf Kremenchuk, Charkiw und Mikolajiw

Der russische Raketenangriff auf Ziele in der zentralukrainischen Stadt Kremenchuk hat heftige Reaktionen des Westens hervorgerufen. Nach ukrainischen Angaben kamen am Montag nachmittag mindestens 18 Besucher eines Einkaufszentrums ums Leben, weitere 15 sollen noch vermisst sein. Etwa 60 Personen wurden demnach verletzt. Russland bestätigte den Beschuss, erklärte jedoch, er habe einem benachbarten Waffenlager gegolten. Es sei die Explosion der dort gelagerten Munition gewesen, die das Einkaufszentrum zerstört habe.

Bei weiteren russischen Raketenangriffen kamen in Charkiw neun und in Mikolajiw drei Menschen ums Leben. Das russische Verteidigungsministerium erklärte, der Angriff in Charkiw habe einem Quartier des

Nazibataillons »Asow« gegolten. Der Sprecher des Ministeriums nahm in Anspruch, die russische Luftwaffe habe allein am Montag über 100 ukrainische Soldaten und Söldner getötet. Bei einem ukrainischen Angriff auf ein Militärlager im Hinterland der »Volksrepublik Lugansk« sollen am Montag bis zu 50 russische Soldaten getötet worden sein. Spekuliert wurde, dass die Zielgenauigkeit dieses Angriffs auf den Einsatz der neu gelieferten US-Raketenwerfer des Typs »Himars« hindeute.

Bei Kämpfen südöstlich von Lisitschansk ist nach russischen Angaben eine Gruppe georgischer Söldner aufgerieben worden, die im März gefilmt hatte, wie Angehörige ihrer Truppe russische Verwundete quälten und erschossen. Die russische Seite machte keinen Hehl daraus,

dass die gegnerischen Kämpfer an Ort und Stelle »bestraft« worden seien. Auf ausländische Söldner sei die Genfer Konvention nicht anwendbar, erklärte das Verteidigungsministerium. Sie verdienten Geld mit dem Töten, so ein Sprecher; es solle niemandem um sie leid tun.

Die neue »Kommunikationsstrategie« zielt erkennbar darauf ab, auf ukrainischer Seite Panik zu verbreiten. Ebenso, berichten russische Quellen, dass auf ukrainischer Seite zunehmend Soldaten durch fehlgeleitetes Feuer eigener Soldaten umkamen, und dass die Einheiten ausländischer Freiwilliger Verluste in Höhe von 30 bis 40 Prozent ihrer Mannschaften erlitten hätten. Alle diese Angaben sind nicht unabhängig zu überprüfen.

Reinhard Lauterbach

NACHRICHTEN

USA wollen Militärpräsenz in Europa ausbauen

Washington. Die USA wollen ihre militärische Präsenz in Europa dauerhaft verstärken. Die US-Regierung werde an diesem Mittwoch spezifische Ankündigungen über zusätzliche Kräfte zu Land, zu Wasser und in der Luft machen, sagte der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joseph Biden, Jacob Sullivan, am Dienstag. Unter anderem sollten mehr US-Kriegsschiffe auf der von den Vereinigten Staaten mitbenutzten Militärbasis Rota in Spanien stationiert werden – sechs statt bisher vier Zerstörer. Sullivan deutete auch eine Verstärkung der Kräfte an der östlichen Bündnisgrenze der NATO an, nannte aber keine Details. (dpa/JW)

BRICS: Iran zeigt Interesse an Mitgliedschaft an

Teheran. Iran will sich dem BRICS-Bündnis anschließen. Eine Mitgliedschaft berge Vorteile für alle Seiten, sagte ein Sprecher des Außenministeriums

in Teheran am Dienstag. Russland und China wollen die Organisation, der neben ihnen auch Brasilien, Indien und Südafrika angehören, zu einem Gegengewicht zu westlichen Bündnissen ausbauen. Auch Argentinien wolle sich dem Staatenbund anschließen, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums in Moskau. Dies zeige, dass westliche Versuche, Russland nach dem Einmarsch in der Ukraine zu isolieren, zum Scheitern verurteilt seien. (Reuters/JW)

Übereinkunft zu Rückgaben von Benin-Bronzen

Berlin. Die Bundesrepublik und Nigeria haben sich über den Umgang mit den sogenannten Benin-Bronzen in deutschen Museen verständigt. Außenministerin Annalena Baerbock und Kulturstaatsministerin Claudia Roth (beide Bündnis 90/Die Grünen) werden am kommenden Freitag in Berlin mit ihren nigerianischen Amtskollegen eine Absichtserklärung unterzeichnen, wie die Nachrichtenagentur dpa am Dienstag berichtete. Die Erklärung soll

den Weg für Rückgaben frei machen. Die Kunstgegenstände waren aus dem historischen Königshof von Benin 1897 von britischen Truppen geraubt und über die Welt verteilt worden. In Deutschland sind bis heute 1.163 Benin-Bronzen aus 22 Museen erfasst. (dpa/JW)

Verbrenner-Aus: EU-Mitgliedsstaaten uneinig

Luxemburg. Über ein mögliches Aus für neue Autos mit Verbrennungsmotor in der EU ab 2035 wird weiter gestritten. Bei der entscheidenden Abstimmung der EU-Länder zeichnete sich am Dienstag zum jW-Redaktionschluss noch keine Einigung ab. Die für Umwelt zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten berieten stundenlang in Luxemburg, um eine gemeinsame Position zur Zukunft von Verbrennerautos zu finden. Die Bundesregierung, die zunächst lange uneinig war, hat sich auf eine gemeinsame Position geeinigt. Das teilte ein Regierungssprecher laut dpa am Nachmittag mit. (dpa/JW)